



Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Inhalt:

Die 32. Landtagssitzung der XVII. Gesetzgebungsperiode	2
Detlev Eisel-Eiselsberg als Abgeordneter zum Landtag Steiermark angelobt	3
Landesbudget 2018: Investitionen in die wichtigsten Zukunftsbereiche bringen die Steiermark weiter nach vorn.	4
Konsequentes Auftreten gegen Cyberangriffe	7
Neue Kehrordnung: Mehr Sicherheit für die steirischen Haushalte.....	8
Novelle des Krankenanstaltengesetzes: Ein weiterer Schritt zur besten Gesundheitsversorgung für die Steirerinnen und Steirer.....	9
Sozialhilfekosten: Nachhaltige Lösungen statt populistischer Forderungen.....	10

Die 32. Landtagssitzung der XVII. Gesetzgebungsperiode

Die 32. Landtagssitzung der laufenden XVII. Gesetzgebungsperiode fand am 12. Dezember 2017 statt.

Am Beginn der Sitzung wurde der Landesgeschäftsführer der Steirischen Volkspartei, Detlev Eisel-Eiselsberg, als neuer Abgeordneter angelobt. Er übernimmt das Mandat von Christian Buchmann, der in den Bundesrat gewählt wurde.

Die Tagesordnung der Landtagssitzung umfasste 25 Punkte. Zudem wurden drei Befragungen an Mitglieder der Landesregierung gerichtet sowie eine Dringliche Anfrage eingebracht.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand der Beschluss des Landesbudgets 2018. Es enthält Einnahmen von 5,46 Milliarden Euro, denen Ausgaben von 5,80 Milliarden Euro gegenüberstehen. Die ÖVP-Generalrede zum Landesbudget hielt der Präsident des Gemeindebundes Steiermark, Klubobmann-Stellvertreter Erwin Dirnberger.

Auf den folgenden Seiten findet sich ein Auszug der wichtigsten Inhalte dieser Sitzung.

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

KO Lackner heißt neuen Mandatar im VP-Klub willkommen:

Detlev Eisel-Eiselsberg als Abgeordneter zum Landtag Steiermark angelobt

Zu Beginn der 32. Landtagssitzung wurde Detlev Eisel-Eiselsberg als neuer Landtagsabgeordneter angelobt. Er übernimmt das Mandat von Christian Buchmann, der zum Bundesrat gewählt wurde.

Mit dem Landesgeschäftsführer der Steirischen Volkspartei, Detlev Eisel-Eiselsberg, konnte Klubobmann Karl Lackner einen neuen Abgeordneten in den Reihen des ÖVP-Klubs willkommen heißen:

„Detlev Eisel-Eiselsberg verfügt über langjährige politische Erfahrung auf vielen Ebenen. Durch sein Wirken als Stadtrat unserer Landeshauptstadt wie auch durch seine Arbeit für die Steirische Volkspartei kennt er die Herausforderungen, die sich in unserem Land stellen aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Sowohl was die Stadt Graz als auch die Regionen betrifft. Er ist eine Bereicherung für unsere Arbeit im Landtag Steiermark.“

Landtagsabgeordneter Eisel-Eiselsberg wird Sprecher für Bildung und Mitglied der Ausschüsse für Bildung, Finanzen und Verfassung.

„Ich danke Christian Buchmann für die bisherige gute Zusammenarbeit in unterschiedlichen Funktionen und wünsche ihm für seine Arbeit im Bundesrat alles Gute. Ich freue mich, dass er damit weiterhin Mitglied unseres Landtagsklubs ist“, so Klubobmann Lackner.

ÖVP KO-Stv. LAbg. Erwin Dirnberger:

Landesbudget 2018: Investitionen in die wichtigsten Zukunftsbereiche bringen die Steiermark weiter nach vorn.

„Mit dem Landesbudget 2018 investieren wir in die wichtigsten Zukunftsbereiche. Um die Steiermark weiter nach vorne zu bringen, nehmen wir ein moderates Budgetdefizit in Kauf. Es fällt merklich geringer aus als in den Vorjahren, denn ein mittelfristig ausgeglichener Landeshaushalt bleibt unser Ziel. Die positiven Effekte der bisher gesetzten Maßnahmen sind deutlich zu spüren. Die Opposition ist daher eingeladen, den Weg der konstruktiven Arbeit für die Steiermark mit uns zu gehen!“, betont KO-Stv. LAbg. Erwin Dirnberger zum Landesbudget 2018.

Einnahmen von 5,46 Milliarden Euro stehen Ausgaben von 5,80 Milliarden Euro gegenüber. Der Schuldenstand steigt auf 5,18 Milliarden Euro. Die Schuldenentwicklung wird deutlich abgeschwächt. Nach einem Defizit im Jahr 2017 von 305,8 Millionen Euro gibt es eine Reduktion im Jahr 2018 auf 218,9 Millionen Euro, das ergibt eine Konsolidierung um 86,9 Millionen Euro. Das Ziel ist nach wie vor den Stabilitätspakt 2020 einzuhalten. Die Jahre 2019 und 2020 sollen in einem Doppelbudget zusammengefasst werden. 2021 soll eine „schwarze Null“ in der Bilanz aufscheinen.

Das Landesbudget 2018 steht ganz im Zeichen dringend notwendiger Investitionen in jene Zukunftsbereiche, die die Steiermark nach vorne bringen. KO-Stv. LAbg. Erwin Dirnberger betonte im Zuge der Debatte etwa die Bereiche Wirtschaft und Arbeit, Tourismus, Forschung und Entwicklung, Landwirtschaft, Wohnbau, Gemeinden und Regionen sowie Gesundheit.

Die Steiermark in Zukunftsbereichen an die Spitze bringen!

„Mit der Forschungs- und Entwicklungsquote von 5,16 Prozent wurde bereits jetzt das bis 2020 gesetzte Ziel von fünf Prozent überschritten. Damit ist die Steiermark das Forschungsland Nummer eins in Österreich und auch europaweit an der Spitze. Das wollen wir mit den richtigen Maßnahmen auch in anderen Bereichen schaffen. Die Investitionen, die der vorliegende Landeshaushalt 2018 beinhaltet, bringen uns weiter voran“, so Dirnberger.

Für das kommende Jahr nimmt man daher ein Defizit in Kauf. Dieses fällt jedoch deutlich geringer aus als in den Jahren davor. Parallel wird auch weiterhin sinnvoll gespart. Ein ausgeglichener Haushalt bleibt für Dirnberger das Ziel, das es mittelfristig zu erreichen gilt.

Große Herausforderungen auf diesem Weg stellen die Ausgaben im Bereich Soziales und Pflege dar. Eine Kostensteigerung für die Sozialhilfverbände von 209 Prozent innerhalb von zehn Jahren bereite Dirnberger auch als Präsident des Gemeindebundes Steiermark Sorgen:

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

„Wir müssen auf die Veränderungen in der Gesellschaft reagieren. Es braucht eine Reform der Zuständigkeiten und eine nachhaltige Finanzierung, die längerfristig Bestand hat.“

Zahlreiche Investitionsprojekte im Jahr 2018

Eine Zukunftsinvestition mit ganz enormer Bedeutung für die gesamte Steiermark und vor allem die Regionen ist der Breitbandausbau. Auf Basis regionaler Masterpläne wird in Zukunft eine landeseigene Breitbandgesellschaft die Ausbaupläne koordinieren. Die fünf Cluster mit dem neuen Silicon Alps Cluster setzen auf die Stärkung der Innovationsfähigkeit der Unternehmen und die Erhöhung der regionalen Wertschöpfung, weitere Fördergelder für den Bereich der Digitalisierung der Wirtschaft werden eingesetzt und die erfolgreiche Nahversorgerförderung wird fortgeführt. Im Tourismus wird es wieder ein Förderprogramm zur Digitalisierung von Tourismusbetrieben und -verbänden sowie eine Qualitätsoffensive für kleinere und mittlere Ski- und Langlaufgebiete geben. Die Landwirtschaft soll im Rahmen des ländlichen Entwicklungsprogrammes bei notwendigen Investitionen, in der Risikoversorge und in der Vermarktung heimischer Produkte unterstützt werden. Die EU-kofinanzierten Ausgleichszahlungen, die der Landwirtschaft für den Strukturnachteil gewährt werden, sind weiter gesichert. Im Wohnbaubereich werden fast 1.500 neue Wohnungen geschaffen. Zusätzlich wird es ab 2018 250 Startwohnungen für Jungfamilien geben. Über das Gesundheitsressort stehen 108 Millionen Euro für Investitionen im Bereich der KAGes zur Verfügung. Ein Schwerpunkt liegt zudem auf der Schaffung von Gesundheitszentren in den Regionen, um die ärztliche Versorgung am Land bestmöglich zu sichern.

Investitionskurs der letzten Jahre zeigt Wirkung

Die pauschale Kritik der Opposition am Budget lässt Dirnberger nicht gelten: „Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Die Wachstumsrate wird in der Steiermark für 2017 mit 3,6 Prozent deutlich über dem Österreichschnitt prognostiziert. Der Rückgang der Arbeitslosen um 11,2 Prozent und der Anstieg der Beschäftigten um 14.000 Personen im Vergleich zum Vorjahr spricht eine deutliche Sprache. Das ist vor allem ein Erfolg der hervorragenden steirischen Unternehmen und ihren Mitarbeitern. Unsere sinnvollen Förderungen des Landes sind ein Investitionsanreiz und damit arbeitsplatzsichernd und -schaffend.“

Opposition ist aufgefordert an das Land anstatt an Klientelpolitik zu denken!

„Das Budget 2018 beinhaltet all diese Maßnahmen, die so wichtig sind um unsere Regionen zu stärken, die Wirtschaft noch weiter anzukurbeln und Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, die Infrastruktur zu verbessern und unsere Steiermark damit insgesamt weiter nach vorne zu bringen. Wer das will, kann nicht gegen dieses Budget stimmen. Die Opposition ist daher aufgefordert an das Land anstatt an Klientelpolitik zu denken. Wir als Zukunftscoalition sehen uns mit den unterschiedlichsten Vorstellungen durch die Opposition – von ganz links:

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

mehr Schulden und massive Belastungen durch eine Nahverkehrsabgabe oder eine Schottersteuer, bis ganz rechts: drastisch Leistungen kürzen – konfrontiert. Dennoch laden wir sie alle dazu ein, den vernünftigen, ausgewogenen Weg von Einsparungen und Investitionen, die den Bedürfnissen unserer Steirerinnen und Steirer gerecht werden, mit uns zu gehen“, richtet Dirnberger seinen Appell an die Oppositionsparteien.

Das Landesbudget 2018 wurde mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ beschlossen.

Konsequentes Auftreten gegen Cyberangriffe

Die Cyberkriminalität ist eine der großen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Im Gegensatz zu anderen Deliktsarten, steigen die Zahlen im Bereich der Cyber- und Internetkriminalität deutlich an. Die VP-Abgeordneten wollen sich diesem Bereich besonders annehmen und gemeinsam mit dem steirischen Landespolizeidirektor konsequent auf diese Entwicklungen reagieren.

Während die Gesamtkriminalität in Österreich und im Besonderen in der Steiermark im Sinken ist, nehmen die Anzeigen im Bereich der Cyber- und Internetkriminalität deutlich zu. Umso wichtiger ist, dieser Entwicklung die entsprechende Bedeutung beizumessen und konsequent zu reagieren. Der neue steirische Landespolizeidirektor Gerald Ortner hat bereits kurz nach seinem Dienstantritt bekundet, dass er besonderes Augenmerk auf die Eindämmung und Bekämpfung neuer Kriminalitätsformen wie der Cyberkriminalität legen wird. Schließlich geht es darum, Betriebe, Institutionen, öffentliche Einrichtungen und auch Privatpersonen gegen Angriffe aus dem Netz zu schützen.

Abstimmung zwischen Sicherheitsbehörden und Verantwortungsträgern

Im Landtag konnte auf aktuelle Planungen der Landesregierung hingewiesen werden, gemeinsam mit dem Bundesministerium für Inneres und der Landespolizeidirektion Maßnahmen zur Zurückdrängung dieser kriminellen Entwicklungen zu erarbeiten. Dieser Maßnahmenkatalog wird dem Landtag vorgelegt werden, um eine bestmögliche Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden und politischen Verantwortungsträgern zu gewährleisten.

Schluss mit bewusster Angst- und Panikmache

Dem Versuch der Freiheitlichen, gezielt Verunsicherung zu schüren, traten die VP-Mandatare entschieden entgegen. Denn der hervorragenden Arbeit der Exekutive ist es zu verdanken, dass die Steiermark ein sehr sicheres Land ist. Dass sich 85 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher „ganz“ oder „sehr“ sicher fühlen, untermauert die Leistungen der Polizistinnen und Polizisten. Auf neue Kriminalitätsentwicklungen wird schnell und konsequent reagiert. Die Abgeordneten der Steirischen Volkspartei appellierten daher an die FPÖ-Vertreter mit der bewussten Angst- und Panikmache endlich Schluss zu machen.

Der Antrag „Information zu Maßnahmen im Bereich Cyberkriminalität und Sicherheit“ wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, GRÜNEN und KPÖ angenommen.

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Landtag Steiermark beschließt neue Kehrordnung:

Mehr Sicherheit für die steirischen Haushalte

In der neuen Kehrordnung wird die Tätigkeit der steirischen Rauchfangkehrerinnen und Rauchfangkehrer geregelt. Ihre Arbeit ist ein wesentlicher Beitrag zur Sicherheit in den steirischen Haushalten.

Die Kehrintervalle werden in den neuen gesetzlichen Bestimmungen reduziert. Kontrollen der Dichtheit der Anlagen – alle fünf bis zehn Jahre, je nach Art – sowie des richtigen Anschlusses – jährlich – finden in den heimischen Haushalten nun regelmäßig statt.

Dadurch soll das Austreten von giftigem Rauchgas oder das Entstehen von Rußbrand in der Abgasanlage verhindert werden. Da Rauchfänge oft durch Wohnräume gehen, werden durch die neuen Regelungen Gefahren für die Bewohnerinnen und Bewohner reduziert.

Wesentlich dafür ist die neu geschaffene Möglichkeit, dass Rauchfangkehrer direkt ein mündliches Heizverbot aussprechen können. Damit können Fachleute eingreifen, bevor es zu Gefahrensituationen in einem Haushalt kommen kann.

Die neue Kehrordnung wurde einstimmig beschlossen.

Landtag Steiermark beschließt Novelle des Krankenanstaltengesetzes:

Ein weiterer Schritt zur besten Gesundheitsversorgung für die Steirerinnen und Steirer

Die weitere Umsetzung des Gesundheitsplans 2035, verbesserte Rahmenbedingungen für die Patientinnen und Patienten in den steirischen Krankenhäusern sowie die Abschaffung der Kostenbeiträge für unter 18-jährige sind in der Novelle des Krankenanstaltengesetzes enthalten.

Mit der Beschlussfassung der dritten Novelle des Steiermärkischen Krankenanstaltengesetzes ist ein weiterer Schritt zur besten Gesundheitsversorgung für die Steirerinnen und Steirer gelungen. Neben zahlreicher kleinerer Verbesserungen des Gesetzes wurden bundesrechtliche Regelungen umgesetzt, die die Einrichtung von Primärversorgungseinheiten in Form von selbstständigen Ambulanzen ermöglichen. Diese sollen Patientinnen und Patienten durch Koppelung von Hausärzten und anderen Gesundheitsberufen eine umfassende medizinische Basisversorgung in Wohnortnähe ermöglichen.

Die Rahmenbedingungen für Patientinnen und Patienten werden verbessert, indem etwa die Mitnahme von Assistenzhunden in die Krankenanstalten klar geregelt wird. Ansteckungsgefahren sollen durch neue Regelungen gebannt werden. Hygienische Bestimmungen werden präzisiert.

Familien mit Kindern und jungen Menschen kommt eine Bestimmung des Gesetzes besonders zugute. Steirerinnen und Steirer unter 18 Jahren müssen in Landeskrankenhäusern keine Kostenbeiträge mehr bezahlen. Diese beliefen sich bislang auf 9,58 Euro pro Pflégetag im Krankenhaus.

Die Novelle des Krankenanstaltengesetzes wurde mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ beschlossen.

Sozialhilfekosten: Nachhaltige Lösungen statt populistischer Forderungen

Dringlichkeitsanträge mit der Forderung nach einer Änderung des Aufteilungsschlüssels der Sozialhilfe zwischen Land und Gemeinden werden derzeit in vielen Gemeinden von den Freiheitlichen eingebracht. Die Steirische Volkspartei hat daher eine Information an die ÖVP-Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bzw. Ortsparteiobleute versandt:

Die Gemeinden werden durch die Ausgaben für die Sozialhilfeverbände und die jährlichen Kostensteigerungen stark belastet. Gemeindebundpräsident Erwin Dirnberger hat darauf im Rahmen des Budgetlandtags am 12. Dezember 2017 erneut vehement hingewiesen. Während die Ausgaben der Sozialhilfeverbände in den letzten 10 Jahren um 209 Prozent gestiegen sind, sind die Ertragsanteile für die Gemeinden im gleichen Zeitraum um lediglich 40 Prozent gewachsen. Er richtete daher seinen dringenden Appell an die Bundesregierung, eine Reform der Zuständigkeiten in Angriff zu nehmen. So wäre etwa anzudenken, die Zuständigkeit für Pflege, inklusive deren Finanzierung komplett beim Bund anzusiedeln. Sollte das nicht geschehen, müsste jedenfalls gemeinsam eine nachhaltige Finanzierung erarbeitet werden, die längerfristig Bestand hat.

Ein neuer Aufteilungsschlüssel für die Kostentragung von 70 Prozent (Land) zu 30 Prozent (Gemeinden), wie er aktuell in Dringlichkeitsanträgen der Freiheitlichen gefordert wird, ist verlockend und wäre aus Sicht der Gemeinden durchaus begrüßenswert. Dies wäre jedoch zu kurz gegriffen. Ein solcher Schlüssel wäre für das Landesbudget nicht verkräftbar. Das hätte wiederum unmittelbar Auswirkungen auf die Gemeinden.

Auch wenn es der angespannten budgetären Lage vieler Gemeinden und der steigenden Sozialausgaben keine Abhilfe leistet, muss dennoch festgehalten werden, dass die Sozialhilfeverbände bzw. Gemeinden in anderen Bundesländern mindestens genauso stark wie die steirischen an dieser Finanzierung beteiligt sind. Darüber hinaus sind die steirischen Gemeinden die einzigen in ganz Österreich, die die Spitalsfinanzierung nicht mittragen müssen. Würden die Gemeinden sich auch bei den Spitälern mit einem Schlüssel von 60:40 beteiligen müssen, würde das bedeuten, dass die Gemeinden weitere ca. 270 Millionen Euro aufbringen müssten. Abzüglich der Landesumlage würde damit immer noch ein Finanzierungsbedarf von mehr als 170 Millionen Euro für die Gemeinden bleiben.

Man muss also bedenken, dass eine Änderung des Kostentragungsschlüssels im Bereich der Sozialhilfe nur eine Verschiebung der Finanzierungsproblematik wäre. Eine nachhaltige Lösung wäre das keinesfalls. Uns muss bewusst sein, dass eine qualitätsvolle Pflege, wie wir sie alle wollen, auch etwas kostet. Es braucht aber Antworten auf zahlreiche offene Fragen rund um die Pflegefinanzierung und den steigenden Hilfebedarf in vielen Bereichen. Diese

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

können wohl nur österreichweit gegeben werden. Denn dass es mit diesen Kostensteigerungen für die Gemeinden, wie auch das Land so nicht weitergehen kann, ist Tatsache.

Ein Gemeinderatsbeschluss über die Änderung des Beitragsschlüssels auf Landesebene würde keinen Beitrag zur Lösung dieser Problemlage darstellen. Er wäre lediglich Wasser auf den Mühlen der ewigen Kritiker, die jedoch keine Lösungsvorschläge bringen.

Es wird daher empfohlen, dem Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Fraktion nicht zuzustimmen, sondern gemeinsam – Gemeinden, Land und Bund – an einer Lösung zu arbeiten. Ebenso wäre die FPÖ-Fraktion eingeladen, bei den voraussichtlich zukünftigen Verantwortungsträgern der FPÖ in der Bundesregierung, eine solche nachhaltige Lösung vor allem im Bereich der Pflege einzufordern.